

## A n t r a g

der **Fraktion DIE LINKE.**

**Thema: Reformprozess und „Philosophiewechsel“ des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen**

**Der Landtag möge beschließen:**

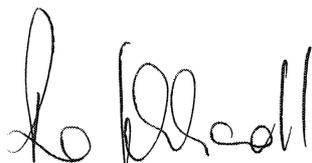
**Die Staatsregierung wird ersucht,**

I.  
dem Landtag umfassend

- zu berichten über den Fortgang der konkreten Implementierung der am 20. Februar 2013 im „*Bericht über die Untersuchung und Evaluierung der Arbeitsabläufe und -strukturen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen*“ vorgelegten Empfehlungen der durch den Staatsminister des Innern eingesetzten Expertenkommission;
- darzulegen, inwieweit diese Empfehlungen sich seitdem in der Arbeitsorganisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen konkret niedergeschlagen haben und inwieweit die seitdem gemachten Erfahrungen Anlass gaben zu einer Variation, Reduzierung oder Erweiterung der durch die Expertenkommission ausgesprochenen Empfehlungen sowie einer Evaluation der praktischen Folgen dieser Empfehlungen;
- aufzuzeigen, inwieweit es seitdem zu welchen weiteren Änderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation des Landesamtes für Verfassung gekommen ist und inwieweit solche Maßnahmen insbesondere darauf abzielen und dazu geeignet sind, die phänomenbereichsübergreifende Analysefähigkeit allgemein und insbe-

b.w.

Dresden, den 3. Dezember 2014



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

Eingegangen am: 03. Dez. 2014 Ausgegeben am: 04. Dez. 2014

sondere die Erkennung und Aufklärung gewalttätiger und möglicher terroristischer Bestrebungen im Phänomenbereich des so genannten Rechtsextremismus zu verbessern.

## II.

Dem Landtag umfassend

- zu berichten über die seit dem Jahr 2013 im Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen ergriffenen konkreten Maßnahmen, die insbesondere darauf zielen, die Eignung und die Befähigung des Amtes als „Frühwarnsystem“, „Analysezentrum“ und „Servicestelle“ her- oder sicherzustellen;
- darzulegen, in welchen konkreten Zusammenhängen der Bereich der so genannten Extremismusprävention von den Empfehlungen und Maßnahmen, die auf eine Neuausrichtung des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen zielen, profitieren konnte und inwieweit in diesem Bereich insbesondere eine Kooperation mit Kommunen, Trägern akademischer Expertise sowie Akteuren der Zivilgesellschaft gelingt oder nicht gelingt;
- auf geeignete Weise – etwa durch Angabe von Teilnehmer- und Nutzerzahlen –, aufzuzeigen, inwieweit die Instrumente „Forum starke Demokratie“ und „KommunalWiki“ sich bewährt oder nicht bewährt haben und inwieweit beabsichtigt ist, diese Instrumente in welcher Weise zu modifizieren oder weiterzuentwickeln.

## **B e g r ü n d u n g:**

Infolge der Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat der Sächsische Staatsminister des Innern, Markus Ulbig, am 1. August 2012 eine Expertenkommission einberufen mit dem Ziel einer Evaluierung der Tätigkeiten des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen. Die am 20. Februar 2013 vorgelegten Ergebnisse („Bericht über die Untersuchung und Evaluierung der Arbeitsabläufe und -strukturen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen unter besonderer Betrachtung der Ereignisse im Zusammenhang mit dem sog. ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘“) enthalten zahlreiche Empfehlungen. Demnach sei intern unter anderem „die Analysefähigkeit der Behörde phänomenbereichsübergreifend zu erhöhen“. Nach außen hin solle der Bereich der Prävention, bezogen auch auf eine kommunale Ebene, gestärkt werden.

Im 3. Untersuchungsausschuss „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“ der vergangenen Wahlperiode des Sächsischen Landtages hat der als Zeuge befragte Staatsminister Ulbig am 7. Mai 2013 in diesem Zusammenhang angegeben, die Einberufung der Expertenkommission sei als bedeutender Beitrag zu einer umfassenden Überprüfung der Sicherheitsarchitektur zu verstehen, der einen Reformprozess anleiten solle. Der Ausgangspunkt habe darin bestanden, „dass wir einen modernen und leistungsfähigen Verfassungsschutz brauchen. Dieser muss zugleich Frühwarnsystem, Analysezentrum und

Servicestelle sein: für die Menschen im Lande, für die Kommunen, für die Vereine und Verbände.“ Dafür sei ein „Philosophiewechsel“ beim LfV Sachsen notwendig, der künftig „moderner und serviceorientierter“ aufgestellt sein müsse.

Zur Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission war durch den Staatsminister des Innern ferner eine Projektgruppe unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Michael Wilhelm eingesetzt worden. Diese hat im November 2013 konstatiert („Bericht der Projektgruppe zur Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zum Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen vom 20. Februar 2013“), dass eine „vollständige Umsetzung“ der Empfehlungen der Expertenkommission gelungen sei. In diesem Zusammenhang gab der Präsidenten des LfV Sachsen, Herr Gordian Meyer-Plath, in einem dpa-Interview am 29. Juli 2014 an, die Empfehlungen der Expertenkommission seien „organisatorisch implementiert“ worden; vor dem Hintergrund vorgenommener Änderungen sei es in der jüngsten Zeit beispielsweise gelungen, „proaktiv auf die Akteure der Extremismusprävention“ zuzugehen. Angesichts der erfolgten Änderungen gehe es nunmehr darum, „mit dieser neuen Arbeitsorganisation Erfahrungen zu sammeln.“